

SPD demokratischer pressediens

P/XXVIII/65
3. April 1973

Vorhandene Truppenübungsplätze gemeinsam
benutzen!

Multinationale Rationalisierung als vernünftiger
Ausweg

Von Werner Buchstaller MdB
Mitglied des Verteidigungsausschusses des
Bundestages

Seite 1 und 2 / 70 Zeilen

Mehr Lebensqualität und Chancengleichheit
für Arbeitnehmer

Der Staatsanteil am Bruttosozialprodukt muß
wesentlich erhöht werden

Seite 3 und 4 / 56 Zeilen

Die Diskussion im SPD-Pressediens

Der Rahmen des Godesberger Programms

Zum Thema Reformpolitik und Jungsozialisten

Von Peter W. Reuschenbach MdB

Seite 5 / 40 Zeilen

Sonderbeilage: "Selbstbestimmung und
----- Eingliederung"

Chefredakteur: Dr. E. Eckart
Verantwortlich für den Inhalt: A. Ekler
5300 Bonn 12, Heussallee 2-10
Postfach: 120 406
Pressenhaus 1, Zimmer 217-224
Telefon: 82 80 97 - 33
Telex: 895 848 / 698 847/
/ PPP □

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 106-112, Telefon: 7 66 11

Vorhandene Truppenübungsplätze gemeinsam benutzen !

Multinationale Rationalisierung als vernünftiger Ausweg

Von Werner Buchstaller MdB

Mitglied des Verteidigungsausschusses des Bundestages

Die Unruhe um die amerikanischen Truppenübungsplätze in Feucht, Hanau, Böblingen usw. hat sich gelegt, und so scheint es an der Zeit, dieses Problem in das Stadium einer Sachdiskussion zu verlagern. Die Abschreckungsfunktion der NATO auf dem europäischen Kontinent wird im wesentlichen durch die amerikanischen und weitere Bündnis-Streitkräfte erwirkt. Hierzu gehören die atomaren Abschreckungswaffen ebenso wie die Präsenz einiger Bündnispartner auf dem Territorium der Bundesrepublik. Nur dadurch wird das militärische Gleichgewicht in Mitteleuropa hinlänglich stabilisiert und die Grundvoraussetzung für eine Politik der Entspannung geschaffen. Andernfalls müßten die europäischen Bündnispartner sich eine eigene Atommacht schaffen, und die Bundeswehr müßte sowohl materiell als auch personell stark ausgebaut werden.

Dies allerdings streben bisher nur diejenigen an, die die Folgen des Zweiten Weltkrieges noch immer nicht überwunden haben und die die Entspannungspolitik der sozialliberalen Koalition verketzern. Man muß immer wissen, wer hinter welcher Argumentation steht!

Bundeskanzler Willy Brandt hat in seiner zweiten Regierungserklärung vom 18. Januar 1973 für alle Bürger unmißverständlich erklärt, daß "die politische und militärische Präsenz der Vereinigten Staaten für die Bewahrung eines ausgeglichenen Kräfteverhältnisses in Europa unerlässlich" sei. Von dieser Erkenntnis und dem friedensbewahrenden Auftrag der NATO ausgehend, bedeutet das für die Sicherheitspolitik der Bundesrepublik:

1/ Die Stationierung von Bündnis-Streitkräften ist im eigenen Sicherheitsinteresse beizubehalten. Hierzu gehören: 207.000 US-

Amerikaner (davon 3.700 in Berlin), 58.000 Franzosen (davon 2.000 in Berlin), 55.000 Engländer (davon 3.000 in Berlin), 32.000 Belgier, 9.000 Niederländer und 5.000 Kanadier. Die Gesamtstärke der Streitkräfte von Entsendestaaten der NATO in der Bundesrepublik beträgt demzufolge 366.000.

2/ Den Stationierungsstreitkräften sind ausreichende Übungsmöglichkeiten zur Verfügung zu stellen, damit sie nicht letzten Endes "auftragsunfähig" gemacht werden! Die Bundesrepublik hat gemäß Artikel IX (3) des NATO-Truppenstatutes die Aufgabe, den Streitkräften der NATO die benötigten Liegenschaften bereitzustellen. Bisher stehen den Streitkräften der Entsendestaaten insgesamt 142 Standortübungsplätze mit der Gesamtfläche von 22.920 ha zur Verfügung. Hiervon haben die US-Amerikaner 78, die Franzosen 29, Briten 19, Belgier 12, Kanadier drei und die Niederländer einen Standortübungsplatz. Die großen Truppenübungsplätze Hohenfels, Wildflecken, Grafenwöhr und Münsingen werden z.T. sowohl von den Stationierungsstreitkräften als auch bereits von der Bundeswehr benutzt.

Die Querelen in Hanau, Feucht usw. sind darauf zurückzuführen, daß die amerikanischen Streitkräfte berechtigterweise angemessene Standortübungsplätze erlangen wollten, die ihnen von der Bundesrepublik bereits zugestanden waren. Nun haben ausgerechnet die konservativ regierten Bundesländer wie Bayern und Baden-Württemberg, die sich gegenseitig in der Betuerung der deutsch-amerikanischen Freundschaft beinahe überbieten, die zu Recht vorgebrachten Interessen des amerikanischen Bundesgenossen abgewiesen oder aber verzögert. Der "Schwarze Peter" wurde jedoch kurzerhand dem Bundesverteidigungsministerium in Bonn zugeschoben.

Bei der Bereitstellung von Übungsgelände für die in der Bundesrepublik notwendigerweise stationierten NATO-Kontingente sind selbstverständlich die Erfordernisse der Raumordnung, der landwirtschaftlichen und der wirtschaftlichen Interessen, die Belange des Städtebaus, des Naturschutzes, des Umweltschutzes und des Lärmschutzes mit zu berücksichtigen. Im Interesse eines Einvernehmens zwischen den Stationierungsstreitkräften, der einheimischen Bevölkerung und den Dienststellen der Bundeswehr sollte daher geprüft werden, ob nicht die bereits vorhandenen Kapazitäten künftig gerade auch im multinationalen Rahmen mehr als bisher ausgelastet werden könnten, um somit besser rationalisieren und die teilweise auseinanderstrebenden Interessen unter ein Dach und Fach bringen zu können. (-/3.4.1973/ks/ex)

Mehr Lebensqualität und Chancengleichheit für Arbeitnehmer

Der Staatsanteil am Bruttosozialprodukt muß wesentlich erhöht werden

In dem "Entwurf eines ökonomisch-politischen Orientierungsrahmens für die Jahre 1973 bis 1985" sieht der Arbeitnehmerbeirat beim SPD-Vorstand einen Weg zur Behandlung gesellschaftlicher Entwicklungen und ihrer politischen Planung auf der Grundlage des Godesberger Programms. Diese Feststellung ist in der Resolution enthalten, die der Arbeitnehmerbeirat zu dem Entwurf, dessen Vorlage er begrüßt, verabschiedet hat. Insbesondere wird die Aussage unterstützt, daß der Staatsanteil am Bruttosozialprodukt wesentlich erhöht werden muß, weil die Lebensverhältnisse der Arbeitnehmer entscheidend von der Leistungsfähigkeit von Staat und Gesellschaft bestimmt werden. Übereinstimmung mit dem Entwurf und der Zielprojektion des DGB besteht auch darin, daß das Wirtschaftswachstum eine wesentliche Voraussetzung für soziale Reformen ist. Allerdings kann wirtschaftliches Wachstum nicht Selbstzweck, sondern es muß Instrument der Politik sein. In der Weiterentwicklung des Entwurfs muß herausgestellt werden, wo die Förderung von Wachstum, von wirtschaftlichem, technischem und organisatorischem Wandel an Grenzen stößt und wo sie aus sozialdemokratischem Verständnis nicht mehr zu begründen ist, weil sie sich gegen die Interessen der Mehrheit der Bevölkerung auswirkt.

Ein längerfristiger politischer Orientierungsrahmen muß sich auf der einen Seite aus dem vermeintlichen Zwang lösen, die Kompromisse der Tagespolitik zu übernehmen. Es sind in die Zukunft gerichtete gesellschaftliche Ziele zu beschreiben. Auf der anderen Seite muß allerdings auch beantwortet werden, wieweit eine längerfristig angelegte Politik den individuellen und gesellschaftlichen Bedürfnissen, die aktuell befriedigt werden wollen, vorseilen

kann und muß, ohne die Unterstützung und das Verständnis der breiten Arbeitnehmerschaft zu verlieren.

Der Arbeitnehmerbeirat vertritt die Auffassung, daß über den vorliegenden Entwurf eines Orientierungsrahmens hinaus eine Reihe weiterer Fragen und Forderungen in die zukünftige Kommissionsarbeit einbezogen werden muß, die für eine fortschrittliche Arbeitnehmerpolitik bedeutsam sind. Insbesondere bedürfen die Bereiche Beschäftigungspolitik, Arbeits- und Sozialrecht, Arbeitssicherheit, Frauenerwerbstätigkeit, Gesundheit, Alterssicherung und Wirtschaftspolitik einer Konkretisierung und Ergänzung.

Der bildungspolitische Teil des Orientierungsrahmens ist vom Arbeitnehmerstandpunkt aus unbefriedigend. Insbesondere haben die sozialdemokratischen Vorstellungen zur Bildungsreform darzulegen, daß die Reform der beruflichen Bildung Priorität erhalten muß. Geschieht das nicht, so werden die Chancen für die nächste Generation in massiver Weise ungerecht verteilt. Jede Bildungsreform, die nicht die berufliche Bildung gleichberechtigt und gleichwertig mit einbezieht, wird sachlich und politisch scheitern.

Bei der Beschreibung aller gesellschaftlichen Ziele ist klarzumachen, in welcher Weise sie zu mehr Lebensqualität und Chancengleichheit für die abhängig Beschäftigten und insgesamt zu einer stärkeren Demokratisierung von Staat und Gesellschaft beitragen. Die historische Erfahrung zeigt, daß ohne Demokratie ein sozialer Befreiungsprozeß für die Arbeitnehmer nicht möglich ist, sondern sich neue Abhängigkeiten und Klassenstrukturen herausbilden. Freie und unabhängige Gewerkschaften sind die entscheidende Voraussetzung für Freiheit und soziale Gerechtigkeit.

Der Arbeitnehmerbeirat hat mit seiner Resolution einen wichtigen Beitrag für die weitere Behandlung des Orientierungsrahmens geliefert. Es ist zu hoffen, daß seine Aussagen auf dem Parteitag in Hannover die gebührende Beachtung finden und in die künftige Kommissionsarbeit einbezogen werden. (W.E./3,4,1973/ks/ex)

Die Diskussion im SPD-Pressedienst

Der Rahmen des Godesberger Programms

Zum Thema Reformpolitik und Jungsozialisten

Von Peter W. Reuschenbach MdB

Manchen Kommentatoren des Bonn-Godesberger Juso-Kongresses war es genug, daß dort Abspaltungsüberlegungen nicht stattfanden und die Anhänger der Stamokap-Theorie in der Minderheit geblieben sind. Gewiß ist es bemerkenswert, daß die Mehrheit so offen die "autoritären und bürokratischen" Verhältnisse in kommunistischen Staaten kritisierte, und daß sie sich gegen die kritiklose Übernahme der DKP-Theorie wandte - doch kann diese Auseinandersetzung nicht zur Beruhigung über die politische Position der Mehrheit Anlaß geben.

Aus der Sicht dessen, der an den Prinzipien einer sozialdemokratischen Reformpolitik festhält, ist der Unterschied zwischen den sich befehdenden Gruppen des Juso-Kongresses zwar interessant, aber kein Anlaß, die sehr ähnlichen Ziele beider Gruppen zu übersehen.

Einigkeit herrscht nämlich darüber: Es gilt die "Klassenherrschaft" zu brechen, ihr Merkmal, das Privateigentum an Produktionsmitteln zu beseitigen, um so die unabdingbare Voraussetzung für eine sozialistische Gesellschaft zu schaffen. Streitig ist bei dieser Einigkeit im Ziel der Weg dahin und die nachfolgende Ordnung der "sozialistischen Gesellschaft". Die einen wollen es mit einem antimonopolistischen Bündnis - von den Arbeitern bis zu monopolgequälten kleinen Unternehmern - versuchen; die anderen beharren darauf, daß die Arbeiter es allein schaffen müssen. Während die Mehrheitsgruppe das "vage Ziel der Arbeiterselbstverwaltung" im Auge hat, wirft sie der Minderheit vor, einen nicht-kontrollierten Funktionärsstaat nach sowjetisch-kommunistischem Muster anzustreben.

Mit sozialdemokratischer Reformpolitik haben beide Positionen nichts gemein. Beide Gruppen stellen infrage, ob auch künftig jemand Mitglied der SPD sein kann, der nicht einer der diversen Spielarten des Marxismus anhängt. Die Verengung auf eine Welt- und Gesellschaftsanschauung wird ja auch offen ausgesprochen, wenn es heißt, "die Umwandlung der SPD in eine konsequent sozialistische Partei" sei das Ziel.

Wie immer man zum Marxismus steht - klar ist, daß ausschließlich auf seiner Grundlage eine sozialdemokratische Politik im Sinne des Godesberger Programms nicht möglich ist. Die Dogmatisierung der Eigentumsfrage und der staatlichen Wirtschaftsplanung sind mit Godesberg unvereinbar. (-/3.4.1973/bgy/ex)